

Keine Chancen für die Extremen

Ein Nachwort zu den Länderwahlen vom 14. Juni

sp - Das enttäuschendste Ergebnis der drei Länderwahlen ist das Ausscheiden der NPD aus den Landtagen in Hannover und Saarbrücken. Die Rechtsradikalen haben im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen in diesen Ländern mehr als die Hälfte der Stimmen eingebüßt, ein Verlust, der den inneren Zerfall einer Partei, die weder national noch demokratisch ist, vor unserem Volk und aller Welt offenbart. Wer künftighin von einer neonazistischen Gefahr in der Bundesrepublik spricht, beschwört Gespenster. Er tut es wider besseres Wissen. Die Fakten sind eindeutig.

Ebenso eindeutig offenbar wurde die Ohnmacht der Deutschen Kommunistischen Partei. Diese Gruppe spielt die Rolle von Sektierern. Sie konnten frei agitieren, keinerlei Hemmnisse wurden ihnen in den Weg gelegt, keine ihrer zahlreichen Aufrufe beschlagnahmt. Die DKP verstand es zwar in manchen Regionen an Rhein und Ruhr und im Saarland eine Stärke vorzutäuschen, doch wurde ihre innere Kohäsion durch die Ergebnisse der Landtagswahlen sichtbar gemacht.

Dort, wo sich unser Volk frei entscheiden kann, hat der Kommunismus keinen Boden, stößt er auf keine Resonanz, bringt er die Massen nicht in Bewegung. Das ist ein historisches Verdienst der deutschen Sozialdemokratie. Sie hat die arbeitenden Menschen nach einem Wort von Kurt Schumacher in Gesellschaft und Staat integriert und die neue deutsche Demokratie vor den Gefahren von links abgeschirmt. Die Trennungslinie zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bleibt unverwischbar. Es gibt kein Paktieren mit dem Linksradikalismus.

Das kann leider von bestimmten Gruppierungen der Unionsparteien in ihrem Verhältnis zum deutschen Rechtsradikalismus nicht gesagt werden. Ein niedersächsischer CDU-Politiker hielt die NPD für koalitionswürdig; es erfolgte kein Ordnungsruf von seinen Gesinnungsfreunden. Viele Spitzenpolitiker der Union bestritten diesen Länderwahlkampf mit Argumenten aus der nationalistischen Mottenkiste, und das angewandte Vokabularium, z.B. "Verzicht" und "Verpat", unterschied sich oft kaum von jenem der nun halbierten NPD. Sind das Symptome, die nicht ernst genommen werden müssen? Eine klare, überzeugende Antwort darauf gibt es nicht, weil die Rechtsanfälligkeit dieser Parteien leider ein Faktum ist, das kaum bestritten werden kann. Dafür gibt es allzu viele Beweise. Die zu befürchtende Polarisierung im Verhältnis zwischen Regierungsparteien und Unionsparteien dürfte diese Anfälligkeit eher verstärken, statt mindern. An besunruhigenden Anzeichen fehlt es nicht.

+ + +

Kein Auto ohne Autoradio

Die deutschen Rundfunkanstalten dienen mit ihren Verkehrssendungen der Sicherheit und dem schnellen Verkehrsablauf

Von Horst Seefeld, MdB

Wer sich ein Autoradio zulegen will, sollte das noch vor dem Urlaub tun. Mehr als bisher haben besonders in den Reisezeiten die deutschen und ausländischen Rundfunksender ihr Informationsprogramm über die Verkehrslage intensiviert. Gerade auf der Urlaubsreise mit dem Auto müssten sich die Ferienfahrer ständig über die Verkehrslage unterrichten, damit sie Stauungen ausweichen, sich auf Wartezeiten einrichten oder über gesperrte Straßen, Unwetterkatastrophen und sonstige An- und Ungelegenheiten sofort unterrichtet werden können.

Schon mancher Autofahrer, der durch sein Autoradio über die jeweilige Verkehrslage informiert worden war, konnte sich einige Kilometer "Schlangestehen" ersparen und seine Nerven schonen.

Geplant ist nun für den Autofahrer zusätzlich ein viertes Hörfunkprogramm. Die Intendanten der ARD arbeiten zur Zeit an einem speziellen Programm mit Verkehrshinweisen, das über ein neu zu erstellendes UKW-Sendernetz im Frequenzbereich 100 bis 104 MHz ausgestrahlt werden soll. Allerdings kann das noch einige Zeit dauern. Es gibt noch gewisse unterschiedliche Auffassungen zwischen der Bundespost und den Rundfunkanstalten.

Bis jetzt strahlen jedoch schon fast alle Rundfunksender Verkehrshinweise für die Autofahrer aus. Diese Sendungen erfreuen sich großer Beliebtheit und sind teilweise über weite Strecken bis hinein ins Ausland zu empfangen. Neben Hinweisen im Verkehrsbereich werden auch persönliche Durchsagen, bisweilen in Verbindung mit den Automobilclubs, gegeben.

Das Autoradio ist heute längst kein Luxusgegenstand mehr. Es dient der Vorsorge zur Verhinderung von Verkehrsunfällen genau so, wie der Beschleunigung des Verkehrsablaufs. Ein Autoradio muß in Deutschland zu den selbstverständlichsten Sicherheitsmaßnahmen und zur Grundausstattung jedes Autos gehören. Aus diesem Grund sollte die Bundesregierung bei der geplanten Steuerreform künftighin die Anschaffung von Autoradiogeräten steuerlich begünstigen, damit ein Anreiz für eine vermehrte Anschaffung gegeben ist.

Hätten alle Autos ein Radio und während der Fahrt ihr Gerät in Betrieb, könnten wir in Zukunft Unfälle und Wartezeiten verringern und den Verkehr in richtige, freie Bahnen weisen. Zukunftsmusik? Ich meine - nein!

"Aufstand" der europäischen Jugend

Harte Diskussionen auf dem Jugendkolloquium der EWG

sp - Die "kontestatorische Bewegung" der Jugend hat jetzt auch die europäische Einigungspolitik erfaßt. Dies ist das Fazit eines dreitägigen Jugendkolloquiums, zu dem die Kommission der Europäischen Gemeinschaften 250 Jugendliche aus allen sechs EWG-Ländern nach Brüssel eingeladen hatte. Auch Vertreter der französischen Kommunistischen Gewerkschaft CGT nahmen daran teil. Die nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleitete Europapolitik, auf die viele Politiker so stolz sind, wird von der Mehrheit dieser Jugendlichen als "kapitalistisch, imperialistisch, unsozial und einseitig unternehmerfreundlich" verdammt. Die europäischen Jugendvertreter proklamierten die Schaffung eines "sozialistischen Europas" als Alternative zur EWG. In ihr sieht man vor allem einen Zusammenschluß von sechs nationalen Kapitalismen zu einer europäischen kapitalistischen Großmacht "anti-emanzipatorischer" Art.

Die Anhänger dieser "linken" Richtung waren unter den europäischen Jugendvertretern in einer eindeutigen Mehrheit. Im Gegensatz etwa zu dem deutschen Vorkolloquium in Wiesbaden war in Brüssel die europäische "Rechte" stärker vertreten. Sie scheute aber auch diesmal die konträre politische Diskussion mit den linken Gruppierungen. So kam es, daß sich die Vertreter der konservativen Parteien aus Frankreich, Luxemburg und der Bundesrepublik absonderten, um ein eigenes Papier auszuarbeiten. Insofern machte das Kolloquium zwar die Fronten deutlich, sie wurden aber in der Diskussion nicht ausgetragen.

Viele politische Gruppen waren offenbar in der Absicht nach Brüssel gekommen, ihre vorgefaßten politischen Meinungen und Ideologien durchzusetzen. Eine Diskussion über die tatsächliche bisherige Politik der EWG und ihre Weiterentwicklung kam so gut wie nicht zustande. Die EWG wurde kurzerhand in ein politisches Anti-Schema eingeordnet und als verlängerter Arm des US-Imperialismus dargestellt. Das Europa-Kolloquium glich daher über weite Strecken einem Marxismus-Seminar. Die linken Gruppierungen konnten aber ihrer Analyse und Kritik außer dem unpräzisierten Schlagwort vom sozialistischen Europa keine konkrete Alternative zur EWG hinzufügen. Auch innerhalb der Kritiker waren die Meinungen gespalten zwischen den Anhängern der reformerischen und der revolutionären Richtung.

Der Dialog zwischen der unruhigen europäischen Jugend und den offiziellen Vertretern der EWG hat aber dennoch begonnen. Das Positive des Brüsseler Kolloquiums ist darin zu sehen, daß künftig auch die gesellschaftspolitische Komponente der europäischen Integrationspolitik stärker berücksichtigt werden muß. Die Jugendlichen haben sicherlich recht, wenn sie fragen, ob die Erwartungen der Einigungspolitik in Erfüllung gegangen sind, und wenn sie klarmachen, daß ihr Europa nicht jenes des Großkapitals und der puren Profitinteressen sein kann. Die Jugend strebt vielmehr ein demokratisches Europa auf der Basis sozialer Gerechtigkeit und Mitbestimmung in allen Bereichen.

an. Die EWG wird insoweit als system-erhaltend angesehen, als sie dem Kapital bessere Chancen auf einem großen Markt eröffnet. Hieraus wurde vom progressiven Teil der Kolloquiumsteilnehmer die Forderung nach transnationalen Gegenaktionen und Gegengruppierungen abgeleitet. Konkret wird an europäische Informations- und Aktionszentren für Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Studenten gedacht. Dadurch soll der Informations- und Aktionsvorsprung der Unternehmer ausgeglichen werden.

Das Brüsseler Kolloquium war ein erster Versuch, der wohl weder die Kommission noch die Teilnehmer voll befriedigt haben dürfte. Immerhin kann den europäischen Institutionen künftig nicht mehr der Vorwurf gemacht werden, sie würden ihre Politik an der Jugend vorbei konzipieren und realisieren. Auch im Kommuniqué der Haager Gipfelkonferenz vom Dezember 1969 wird gefordert, daß die Jugend am Wachstum Europas beteiligt werden soll. Der scheidende Präsident der Europäischen Kommission, Jean Rey, erklärte sich in Brüssel für die EWG bereit, das Gespräch mit der Jugend fortzusetzen. Dabei nimmt Brüssel selbst ätzende und unmotiviert Kritik in Kauf. Rey konnte darauf hinweisen, daß ein derart offenes Gespräch mit einem so weiten Spektrum von Jugendgruppen wohl weder in Moskau noch in Washington denkbar wäre. Die EWG läßt sich also von der Jugend in Frage stellen. In einer Arbeitsgruppe wurden zahlreiche Vorschläge für eine ständige Kooperation zwischen Jugend und EWG ausgearbeitet.

Zu den auffallendsten Ergebnissen des Brüsseler Kolloquiums zählt, daß die wenigen Vertreter einer "orthodoxen Europa-Ideologie", d.h. des Europakonzepts der fünfziger Jahre, bei der Mehrheit nur mitläufiges Lächeln auslösen konnten. In Brüssel ging es nicht um die politische Union Europas, den gemeinsamen Agrarmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion oder um die Direktwahl des Europäischen Parlaments. Es wurde vielmehr die Frage nach den gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Integrationspolitik gestellt. Hierauf bezog sich die Ungeduld der Jugend, nicht auf das Fehlen einer politischen Union. Für die politischen Jugendvertreter ist der Nationalstaat ohnehin längst nicht mehr adäquater Rahmen politischer Gestaltungsmöglichkeiten. Sie streben ihr Ziel der Veränderung der gesellschaftspolitischen Machtstrukturen auf europäischer, weltweiter Ebene an.

Das Kolloquium bot nur wenige politische und rhetorische Höhepunkte. Einer davon war das Kreuzverhör, in das Kommissionspräsident Rey und sein Vizepräsident Mansholt genommen wurden. Beide ließen sich auch durch zum Teil provokative Fragen nicht aus der Ruhe bringen. Präsident Rey wurde unter anderem gefragt, was er und die EWG-Kommission für die Schaffung eines sozialistischen Europas tun würden. Seine Antwort lautete: Europa wird das sein, was die europäischen Menschen aus ihm machen. In der EWG habe man versucht, mit verschiedenen politischen Richtungen für Europa zusammenzuarbeiten.

Deutsche Jugendvertreter, an ihrer Spitze Jungsozialisten, SHB und Junge Europäische Föderalisten, beherrschten weitgehend die Diskussion in Plenum und Arbeitsgruppen. Ein hoher EWG-Beamter sprach daher von einem "deutschen Festival".

Egon C. Heinrich